

Rote Laterne für Hamburg

Die katastrophale Lage schreit geradezu nach einer Ausbildungsgarantie

Die Corona-Pandemie hat die miserable Lage auf dem Ausbildungsmarkt noch einmal verschlechtert. Während im Jahr 2019 nur 38,8 Prozent der Schulabgängerinnen und -abgänger bis zum Herbst desselben Jahres einen Ausbildungsplatz bekamen, waren es im letzten Jahr nur noch 35,5 Prozent. Für das volle Corona-Jahr 2021 dürfte es noch düsterer aussehen. So haben bundesweit über 10 Prozent der ausbildungsberechtigten Betriebe im Dezember 2020 erklärt, sie wollten weniger oder gar nicht mehr ausbilden. Insbesondere Kleinbetriebe und Betriebe aus dem Gastgewerbe, den sonstigen Dienstleistungen und dem Groß- und Einzelhandel haben diese Angaben gemacht (URL: <https://www.iab-forum.de/jeder-zehnte-ausbildungsberechtigte-betrieb-koennte-im-kommenden-ausbildungsjahr-krisenbedingt-ausbildungsstellen-besetzen/>). Laut Bundesagentur für Arbeit sind bis März 2021 minus 7,1 Prozent weniger betriebliche Ausbildungsstellen gemeldet worden als im Vergleich zum März 2019. Die rote Laterne hat Hamburg mit einem Stellenrückgang von minus 12,6 Prozent (siehe Abbildung, URL: https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Statischer-Content/Statistiken/Fachstatistiken/Ausbildungsmarkt/Generische-Publikationen/AM-kompakt-Situation-Ausbildungsmarkt20-21.pdf?__blob=publicationFile&v=7).

Die Arbeitsagentur verweist darauf, dass nur noch wenige Berufsausbildungsstellen hinzukommen werden: „In den letzten drei Jahren waren im März durchschnittlich rund 85 Prozent der gesamten betrieblichen

Ausbildungsstellen des Berichtsjahres gemeldet.“ Die Stellenrückgänge fielen am stärksten in den Ausbildungsberufen bei Unternehmen aus, „die vom Lockdown besonders betroffen sind, wie Nichtmedizinische Gesundheitsberufe, Körperpflege (z. B. Friseur/-innen), Tourismus-, Hotel- und Gaststättenberufe oder Berufe in der Lebensmittelherstellung und -verarbeitung (wie Köch_innen, Bäcker_innen, Fleischer_innen).“

Die Bundespolitik hat auf die Situation mit Ausbildungsprämien reagiert. Danach können Betriebe für jedes Ausbildungsverhältnis eine Förderung von 4.000 Euro erhalten, wenn sie genauso

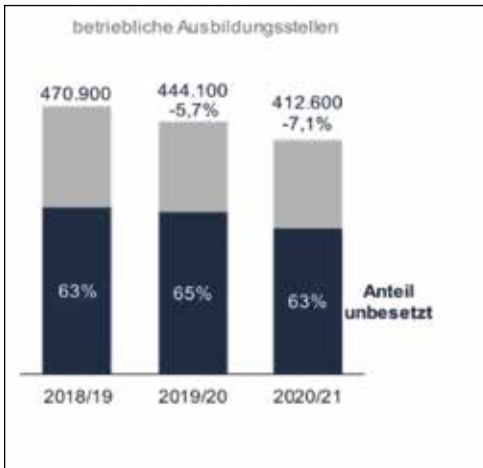
Schon 2011 haben Olaf Scholz und die SPD den Jugendlichen eine Ausbildungsgarantie versprochen. Dieses Versprechen haben sie Jahr für Jahr gebrochen

viele Auszubildende einstellen wie in den beiden Vorjahren. Sie können 6.000 € bekommen, wenn sie mehr Auszubildende als in den beiden Vorjahren beschäftigen. Ausbildungsprämien sind umstritten. Denn Betriebe, die um ihr Überleben ringen, werden trotz der Prämien nicht ausbilden. Dagegen werden Krisengewinnler und andere gutgehende Unternehmen die Prämie gern einstreichen, weshalb man von Mitnahmeeffekten spricht. Prämien bringen wenig bis nichts und sind herausgeworfenes Geld.

Nun hat sich eine eigenartige Koalition gebildet, der man zumindest zugestehen muss, dass es sich bei ihr nicht um „Coronaleugner“ handelt und sie den Ernst der Lage erkannt hat. Ausgerechnet die neoliberale Bertelsmann Stiftung und der Deutsche Gewerkschaftsbund fordern eine Ausbildungsgarantie nach österreichischem Vorbild. Warum verfällt dies ungleiche Paar auf das österreichische Modell, wo sie doch bisher das Hohelied des „hochgelobten dualen Systems“ gesungen haben?

Die Österreichische Ausbildungsgarantie sieht vor, dass alle Jugendlichen, die sich ohne Erfolg um einen Ausbildungsplatz beworben haben, eine Lehre (so heißt das in Österreich) in einer überbetrieblichen (in Deutschland würde man sagen: außerbetrieblichen) Ausbildungsstätte machen können. Danach sollen sie in einen Lehrbetrieb wechseln, wobei dieser das 1. Lehrjahr auf die Lehrzeit anrechnen muss. Wenn die Jugendlichen nach einem Jahr keine Anschlusslehre finden, können sie die Lehre in der überbetrieblichen Ausbildungsstätte fortführen. Während der Lehre erhalten die Jugendlichen ein Lehrgeld von ca. 333 €, was niedriger ist als in der realen Wirtschaft. Damit soll Befürchtungen der Unternehmen begegnet werden, die Jugendlichen würden lieber in einer überbetrieblichen Ausbildungsstätte die Lehre machen wollen.

Der DGB schreibt in seinem Aufruf „Ausbildungsgarantie jetzt!“ (vom 29.10.2020; URL: <https://www.dgb.de/presse/++co++0a7b89d2-19bd-11eb-93be-0014a16011f>): „Die berufliche Bildung befindet sich



Quelle: Der Ausbildungsmarkt 2020/2021

Der Rückgang der angebotenen Ausbildungsplätze durch die Pandemie für das Jahr 2021 (rechte Grafik) drückt auf die Qualität, denn die unbesetzten Ausbildungsstellen (linke Grafik) sind ein Indikator für unattraktive, aber vor allem wenig zukunftsträchtige Berufe

in einer Abwärts-Spirale.“ Und weiter: „Wir brauchen eine Ausbildungsgarantie, wie sie in Österreich längst praktiziert wird: Allen Jugendlichen muss auf jeden Fall der Eintritt ins erste Ausbildungsjahr möglich sein, entweder über berufliche Schulen oder bei außerbetrieblichen Ausbildungsstätten.“ „Schon vor der Krise blieben fast 1,4 Millionen Menschen im Alter von 20 bis 29 Jahren ohne abgeschlossene Ausbildung. Das sind 14 Prozent dieser Altersgruppe.“ „Viele dieser Jugendlichen fühlen sich von den demokratischen Parteien nicht mehr gesehen.“

Ausgerechnet die Bertelsmann Stiftung gesteht ein: „Wo aber der Markt bislang schon versagt hat, muss der Staat dafür Sorge tragen, dass alle Jugendlichen die Chance auf einen qualifizierten Berufsabschluss erhalten und notfalls für zusätzliche Ausbildungsplätze sorgen.“ Die Bertelsmann Stiftung fordert deshalb die Österreichische Ausbildungsgarantie: „Allen Jugendlichen den Zugang zu einer Ausbildung zu ermöglichen ist nicht zuletzt eine Frage von Bildungsgerechtigkeit.“

Wenn selbst die Bertelsmann Stiftung ein Marktversagen erkennt, sollte man meinen, dass

dies auch beim Hamburger Senat aus SPD und Grünen angekommen ist. Aber weit gefehlt. Diese tun so, als ob es Corona nicht gäbe und im Ausbildungsbereich alles im Prinzip so weitergehen könnte wie bisher. Außer den wenig effektiven Ausbildungsprämien des Bundes soll die Berufsqualifizierung geringfügig ausgeweitet werden. An sich ist die Berufsqualifizierung eine gute Idee. Ähnlich wie bei der Österreichischen Ausbildungsgarantie kann man in der Berufsqualifizierung das 1. Ausbildungsjahr in der Berufsfachschule absolvieren und soll danach in einen Ausbildungsbetrieb wechseln. Da hören aber auch schon die Gemeinsamkeiten auf.

Während in Österreich alle Jugendlichen, die sich erfolglos um einen Ausbildungsplatz beworben haben, die Ausbildungsgarantie erhalten, ist die Berufsqualifizierung in Hamburg nur für eine kleine Anzahl von Jugendlichen reserviert. Die taz schreibt zu Recht (URL: <https://taz.de/Weniger-Ausbildungsvertraege/!5758364/>): „Auf dem Papier gibt es in der Hansestadt zwar bereits eine Ausbildungsgarantie.“ Angeblich soll in diesem Jahr die Zahl der Plätze

in der Berufsqualifizierung auf etwas über 400 erhöht werden. Das ist völlig unzureichend.

Während in Österreich alle Jugendlichen, die sich erfolglos um einen Ausbildungsplatz beworben haben, die Ausbildungsgarantie erhalten, müssen sich in Hamburg die Jugendlichen einem strengen Bewerbungsverfahren unterziehen. Im Schuljahr 2018/19 haben von 533 Bewerberinnen und Bewerbern nur 287 (54 Prozent) einen Platz in der Berufsqualifizierung bekommen.

Während in Österreich die Jugendlichen ein Lehrgeld von ca. 333 € erhalten, gehen sie in Hamburg leer aus. Wahrscheinlich, weil Hamburg sich das im Vergleich zu Österreich nicht leisten kann.

Schon 2011 haben Olaf Scholz und die SPD den Jugendlichen eine Ausbildungsgarantie versprochen. Dies Versprechen haben sie Jahr für Jahr gebrochen. Gebraucht werden tausende Plätze. Alle Hamburger Jugendlichen, die sich erfolglos um einen Ausbildungsplatz beworben haben, müssen endlich in den Genuss einer echten Ausbildungsgarantie kommen.

KAI BAYDERWIEDEN